



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Thomas Mütze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aggressive Steuervermeidung internationaler Konzerne endlich beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass internationale Konzerne keine Möglichkeiten mehr haben, durch Steuertricks ihre Steuerzahlungen in Europa auf ein Minimum zu begrenzen.

Begründung:

Schon seit Jahren entziehen sich Internationale Konzerne wie Google, Facebook, Amazon, Nike oder IKEA u. a. durch umstrittene Steuerpraktiken ihren steuerlichen Verpflichtungen in Europa. Damit entgehen den europäischen Staaten Steuereinnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe. Experten gehen davon aus, dass weltweit 100 bis 240 Mrd. Dollar an Steuergeldern verloren gehen, weil Konzerne ihre Sitze in Offshore-Finanzplätze verlegen oder einen Staat gegen den anderen ausspielen. Dieses Geld fehlt für Investitionen in die Zukunft, in Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur. Zusätzlich wird durch das Steuerdumping großer Handelskonzerne wie Amazon der Wettbewerb zu Lasten des Mittelstands verzerrt.

Aber noch immer haben sich die europäischen Mitgliedstaaten nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Steuerpraktiken einigen können. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen der Europäischen Kommission (z. B. öffentliche Steuertransparenz und Konzernbesteuerung) werden von den Mitgliedstaaten im Rat blockiert, u. a. auch von Deutschland. Statt Konsequenzen aus den Panama und Paradise Papers zu ziehen, bleiben die EU-Länder untätig. Veranlasst durch eine Studie der Grünen im Europaparlament hat die EU-Kommission Ende letzten Jahres ein Verfahren gegen IKEA eingeleitet.

Bei ihrem Treffen Mitte Januar haben der französische Präsident Emmanuel Macron und der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz auf der gemeinsamen Pressekonferenz die Notwendigkeit einer „ordentlichen Besteuerung“ von US-Internetriesen wie Facebook und Google in Europa betont. Diese Bereitschaft gilt es jetzt zu nutzen, um endlich eine Gesamtstrategie in Europa gegen die aggressive Steuervermeidung durch Großkonzerne auf den Weg zu bringen.